

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Rudolf Scharping MdL
erinnert an den Fall der
Mauer vor einem Jahr:
Die Deutschen und die
Einheit.

Seite 1

Adolf Salzer zeichnet
die jüngste Affäre im
Kabinett Walimann
nach: Schwarz ist die
Farbe des Hessen-
Chaos.

Seite 4

45. Jahrgang / 213

7. November 1990

Die Deutschen und die Einheit Zum Fall der Mauer vor einem Jahr

Von Rudolf Scharping MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz
Mitglied des SPD-Vorstandes

I.
Die staatliche Einheit der Deutschen ist Grund zur Freude. Von vielen
Gründen nenne ich drei

- wir haben die Einheit erreicht durch die Bürger, friedlich und gewaltfrei. Das hat es so oft in der deutschen Geschichte nicht gegeben.
- Wir haben die Einheit erreicht, nicht durch Militärs, nicht durch gekrönte Häupter, sondern durch eine demokratische Bewegung.
- Und nicht zu vergessen: Die Spaltung Berlins und die Teilung unseres Landes sind nicht mehr Anlaß oder Auslöser internationaler Konflikte.
- Die staatliche Einheit ist also viel, sie ist aber nicht alles.

II.

Die staatliche Einheit der Deutschen ist das Ergebnis einer vielfältigen politischen Entwicklung. Ich nenne die Freiheits- und Menschenrechtsbewegungen im Osten Europas, den Mut der polnischen Solidarnosc, das Durchhaltevermögen der Charta 77 in der Tschechoslowakei und die Menschlichkeit der ungarischen Regierung als Elemente, ohne die der deutsche Einigungsprozeß und das europäische Zusammenwachsen nicht vorstellbar sind. Ich nenne Mut und Vision eines Mannes wie Michail Gorbatschow, ohne dessen aktive Unterstützung - nicht nur stille Duldung - dieser Prozeß genausowenig denkbar wäre. Und ich füge hinzu, daß wir die Bereitschaft zur Versöhnung und die Fähigkeit zum Zusammenwachsen nicht dadurch vergelten dürfen, daß wir uns kleinmütig nur auf die scheinbar deutschen Belange konzentrieren und dabei die europäischen vergessen.

Ich nenne auch die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis. Wichtiger aber ist die Wertegemeinschaft westlicher Demokratien. Diese nenne ich auch, weil der Prozeß zur deutschen Einheit glücklicherweise fast völlig freigeblieben ist von

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmlinger Druckerei
auf wertvollen Recycling-
Papier



jedem nationalen Überschwang. Die Tatsache, daß am Tage des Falls der Mauer am 9.11.1989 "So ein Tag so wunderschön wie heute" gesungen wurde, ist ein außerordentlich erfreuliches, ein gutes Signal.

Ich füge hinzu, daß uns die europäische Dimension des Zusammenwachsens in der Unterstützung der Freunde und im Verständnis der östlichen Nachbarn begleitet. Denn dies ist kein Jahrhundert der Deutschen, sondern ein europäisches Jahrhundert, ein Jahrhundert der Überwindung der Bürgerkriege Europas, wie es Richard von Weizsäcker bei der Verleihung des Geusen-Pfennigs genannt hat. Es ist ein europäisches Jahrhundert, das den Deutschen deshalb ihre Chance geben kann, weil sie jetzt mit Europa im Einklang sind, politisch und kulturell.

Schließlich nenne ich die eigenen Anstrengungen, die eigene Attraktivität und - warum soll man das verschweigen - es hat auch hier und da ein bißchen Glück mitgeholfen. Zur Attraktivität gehört das Bild unseres Landes und unseres westlichen Europas, das in den Menschen, in den Köpfen, in den Herzen der osteuropäischen Bürger nicht verwischt werden konnte.

Wir sollten nicht verschweigen, daß die europäische Entwicklung nicht nur eine politische Dimension hat, sondern vielfältige kulturelle und soziale Aspekte hinzugehören. Ich nenne beispielhaft den Beitrag der Medien. Das Wissen über unser Land und seine Lebensbedingungen hat auch mit dem Beitrag der Medien und ihrer grenzüberschreitende Wirkung zu tun.

Ich erinnere auch an die Bemühungen, vielerlei Durchlässe in der Mauer und im Eisernen Vorhang zu schaffen. Es war ein langer Weg, und es bedurfte vieler Schritte auf diesem Weg. Vielleicht können wir die Einheit im staatlichen auch dadurch ein klein wenig krönen, daß wir die Fähigkeit zur nüchternen und fairen Beurteilung dieses Weges behalten oder wiedergewinnen. Zu diesem Weg gehört nicht nur die Einbindung in die westlichen Demokratien. Dazu gehört auch, daß mit der Friedens- und Entspannungspolitik vieles an menschlichem Kontakt, an gegenseitigem Wissen und an Zusammenhalt erst ermöglicht wurde, was dann Grundlage der europäischen Prozesse wurde und ist.

Vom Passierscheinabkommen über die Verträge mit Moskau, Warschau und Prag, vom Grundlagenvertrag bis zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Es war ein langer Weg bis zur deutschen Einheit. Obwohl es immer problematisch ist, Namen zu nennen und sie gewissermaßen stellvertretend für die ganze Entwicklung zu erwähnen, nenne ich doch Bundeskanzler Willy Brandt, Außenminister Walter Scheel, Bundeskanzler Helmut Schmidt, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und nicht zuletzt auch Bundeskanzler Helmut Kohl. Jeder hat auf seine Weise und in seiner Zeit den ihm möglichen Beitrag geleistet, daß die deutsche Einheit möglich wurde.

III.

Wenn wir von der Freude über die deutsche Einheit sprechen, sollten wir auch deutlich und klar sagen: Wir teilen nicht nur die Freude, wir teilen auch die Sorgen der Menschen darüber, wie die Entwicklung nun weitergehen wird.

Einheit ist mehr als ein staatlicher Begriff oder, um es in einer anderen Formulierung zu sagen: Nation sind wir durch das, was wir in Zukunft gemeinsam sein wollen. Deshalb wird die zentrale, nicht nur deutsche, sondern europäische Aufgabe darin bestehen, die Einheit der Lebensverhältnisse herzustellen. Das ist viel mehr als nur die Angleichung der materiellen Lebensbedingungen. Aber die Angleichung der materiellen Lebenschancen gehört dazu.

Freude über die Einheit werden alle Menschen in Deutschland erst dann ungeteilt und ohne Sorge empfinden können, wenn die Gewißheit besteht, daß ihre Sorgen um Arbeitsplätze oder Wohnungen oder anderes wirklich ernstgenommen werden, nicht nur in Worten, sondern in

Taten. Ich bin mir sicher, daß manche gar nicht ahnen, welchen Beitrag zur sozialen Teilung unseres Volkes die vermessenen Vermesser leisten, die jetzt mit dem Zollstock Wohnungen und Gebäude ausmessen, in denen andere seit Jahrzehnten wohnen. Und ich bin mir auch sicher, daß nicht jeder die tiefe Spaltung ahnt, die dadurch entsteht, daß die Erfahrung neuer Freiheit und Demokratie zum zweiten Mal in Deutschland mit der Erfahrung drückender Massenarbeitslosigkeit belastet wird.

Einheit ist also auch die Angleichung materieller Lebensbedingungen. Aber sie geht deutlich darüber hinaus. Wir brauchen nicht nur wirtschaftliche Stabilität, wir brauchen auch eine tragfähige Zukunft für alle, vor allem durch soziale Gerechtigkeit.

Einheit ist auch - und auch wird oft vergessen - eine kulturelle Aufgabe. Wir sollten nicht den Beitrag der Literatur unterschlagen. Ich nenne Christoph Hein oder Christa Wolf. Wir sollten nicht vergessen, daß beispielsweise die Geschichte der Mainzer Republik in den Ländern östlich der Elbe erforscht wurde. Und wir sollten die Chance nicht ausschlagen, die darin besteht, daß manches an Gebäuden und an urbanem Leben wegen der schlechten materiellen Möglichkeiten nicht plattgewalzt wurde, wie das in nicht wenigen deutschen Städten und Dörfern im Westen geschehen ist.

Und wir sollten uns den Respekt vor denen bewahren, die wirklich die ersten auf dem Weg zur deutschen Einheit waren: die Kirchen in den Ländern östlich der Elbe bildeten einen Hort des Widerstandes gegen eine 57jährige Diktatur der Faschisten und der Stalinisten. Vor diesem Hintergrund empfinden wir es als bedrückend, daß heute schon wieder Arbeitskreise einer großen christlichen Volkspartei wie der CDU dazu übergehen, evangelische Bischöfe in den Ländern östlich der Elbe nach parteipolitischen Muster zu sortieren.

Solidarität hat immer mit Respekt zu tun und immer auch mit dem Teilen. Neben den Sorgen der Menschen im Osten unseres Landes gibt es auch Sorgen der Menschen im Westen unseres Landes. Eines sagen wir Sozialdemokraten ganz deutlich: Solidarität ohne Teilen, ohne Verzicht auf eigene Möglichkeiten, das können wir uns nicht vorstellen. Deshalb haben wir die Hilfe des Landes Rheinland-Pfalz für Thüringen unterstützt, deshalb haben wir die Beteiligung des Landes an dem Fonds zur deutschen Einheit akzeptiert. Wir dürfen uns aber auch nicht vor der Erkenntnis drücken, daß materiell und sozial einigermaßen gleiche Lebenschancen nicht alleine durch Teilen zu Lasten der Zukunft, also durch staatliche Kreditaufnahme, gewährleistet werden können.

Wer Prognosen hatte, muß sie nun im Lichte der heutigen Kenntnisse überprüfen. Manche werden dabei feststellen, daß die eine oder andere der genannten Zahlen schon damals eine Beleidigung jeden Milchmädchens war. Wir sagen: Wir können auf vieles verzichten, was uns in der Vergangenheit notwendig oder weniger notwendig schien, wie immer das im einzelnen politisch beurteilt wird. Dazu gehört nicht nur der Abbau der Berlin-Förderung oder der Verzicht auf die Zonenrandförderung oder andere sogenannte teilungsbedingte Kosten. Dazu gehört vor allem der Verzicht auf Rüstungsprojekte, die in einem gewandelten Europa auf dem Weg zum Frieden keinen Sinn mehr machen.

Das hat auch Wirkungen in Rheinland-Pfalz. Wir müssen darauf achten, daß die Neubestimmung unserer politischen Prioritäten nicht dazu führt, daß strukturschwache Regionen wie in Eifel und Westpfalz in einen neuerlichen Konkurrenzkampf mit anderen strukturschwachen Regionen in den fünf Ländern östlich der Elbe getrieben werden.

Dazu gehört auch der Verzicht auf die weitere Senkung von Steuern. Wir fügen ehrlicherweise hinzu, daß vermutlich nach der Breite der Schultern auch eine unterschiedlich starke Belastung der Einkommen erforderlich sein wird.

Und wer nach Möglichkeiten sucht, der sollte nicht der Gefahr erliegen, von der Gnade des scheinbar kurzen Gedächtnisses Gebrauch zu machen. Ich will Ihnen nicht zitieren, was einzelne, neue Mitglieder der Bundesregierung alles in den Tagen des Novembers und Dezembers letzten Jahres gesagt haben. Das könnte eine böse Aufrechnung werden, denn es gibt auch von Sozialdemokraten mißverständliche und schwierige Äußerungen. Vor diesem Hintergrund will ich nur an eines erinnern, nämlich daran, daß im Oktober des vergangenen Jahres, vor etwas mehr als 365 Tagen, in Leipzig jene Demonstration stattfand, von der man nun wirklich sagen kann, daß sie und ihre Umstände dazu beigetragen haben, daß am 9.11.1989 die Mauer fiel und der Stacheldraht offen war. Allerdings sage ich genauso deutlich, daß wir jetzt im gemeinsamen Deutschland dafür sorgen müssen, daß es - um die Buchstaben PDS aufzugreifen - keine "Profiteure des Stalinismus" geben darf. Weder bei dieser Partei, die alles mitgenommen hat, nur die Verantwortung nicht, auch nicht bei den Blockparteien, die mit ihrem eigenen Vermögen bis heute davon profitieren.

IV.

Ich habe davon gesprochen (und das soll mein letzter Hinweis sein), daß wir in Rheinland-Pfalz Prioritäten neu bestimmen müssen. Darüber werden wir in diesem Haus an anderer Stelle zu reden und wahrscheinlich auch zu streiten haben. Wir sollten aber über den Sorgen die Hoffnungen nicht vergessen. Wir wünschen uns, daß diese Hoffnungen Realität werden. Wir wünschen uns ein Land, das seine Menschlichkeit aus sozialem Ausgleich, seine Kraft aus dem Respekt vor anderen und seine Stärke aus der Hilfe für die gefährdete Natur und die vom Hunger bedrohten Völker gewinnt. Damit würden wir den Antriebskräften den stärksten Respekt erweisen, die die Revolution in der ehemaligen DDR vorangebracht haben, die Gruppen, die sich um Frieden, Menschenrechte und Umwelt gekümmert haben.

Und zum Schluß: Klaus Mann hat Anfang der dreißiger Jahre die Unterscheidung zwischen Patriotismus und Nationalismus sinngemäß so vorgenommen: der Patriot liebe sein Land im Respekt vor der Vaterlandsliebe anderer. Der Nationalist liebe sein Land scheinbar, im Haß vor der Vaterlandsliebe anderer. Berthold Brecht hat dem einen guten Ausdruck in der "Kinderhymne" gegeben. Sinngemäß: Weil wir dieses Land verbessern, schützen und beschirmen wir's - und das schönste will's uns scheinen, so wie andern Völkern ihr's.

Alle sind aufgerufen, die Sorgen ernst zu nehmen und aus den Hoffnungen Realität werden zu lassen durch eine Politik, die den natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet ist, menschlichen Ausgleich schafft und dafür sorgt, daß alle Menschen eine Chance auf eine friedliche und gerechte Zukunft haben.

(-/7. November 1990/rs/fr)

Schwarz ist die Farbe des Hessen-Chaos
Die Affäre Milde ist längst auch eine Affäre Wallmann

Von Adolf Salzer
Pressesprecher der SPD Hessen-Süd

Es wäre so schön gewesen: Deutschlands neue Größe beherrscht die Schlagzeilen, Helmut Kohl läßt sich als Kanzler der Einheit feiern, und davon, was die Wiesbadener CDU/FDP-Koalition so treibt, spricht angesichts der sich in Bonn und Berlin jagenden historischen Stunden niemand mehr.

Passé! Es gibt da nämlich ein paar Frankfurter Bordellkönige...

Nein, es ist nicht das, was ein Lump denken könnte. Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann, Christ, kennt den Freudenverkäufer Hersch Beker und dessen Personal nicht einmal,

persönlich jedenfalls. Das nahm ihm kürzlich sogar die Landtagsopposition ab, als er versicherte, daß nichts, aber auch gar nichts dran sei an der von einem Polizeizuträger namens "Paule" verbreiteten Behauptung, er habe Beker zur Dienstwohnung des Regierungschefs chauffiert.

Aber der Mann, der vor knapp vier Jahren aus dem Frankfurter Römer in die Bierstader Straße in der Landeshauptstadt umgezogen war, um Hessen "in Ordnung zu bringen", wie er vollmundig versprochen hat - er und sein schwarz-gelbes Kabinett schaffen es mit frappanter Sicherheit immer wieder, in einem Atemzug mit dubiosen Figuren genannt und auch selbst fragwürdiger Praktiken geziehen zu werden. Wallmanns mit Sorgfalt gepflegtes Image des Saubermanns: längst passé.

Er ist im Gerede. Und man spricht wieder von Hessen. Daran ändert auch der Rücktritt von Innenminister Gottfried Milde nichts, im Gegenteil. Das "Bauernopfer", das Milde nach Einschätzung Wiesbadener Beobachter spielen mußte, kam zu spät. Denn aus der Affäre milde ist längst eine Affäre Wallmann geworden.

Recht und Wahrheit haben beim Kabinett Wallmann schlechte Karten - dieser Eindruck drängte sich schon im Innenausschuß des Bundestages auf, wo vor ein paar Tagen von Milde die Rede war. Es ging um die Frage, wie Milde an die Aufzeichnungen eines abgehörten Telefongesprächs zwischen einem Beker-Anwalt und dem "stern"-Journalisten Thomas Kettner gekommen war. Wie die Abgeordneten Bernd Reuter und Heldemarie Wieczorek-Zeul mitteilten, habe das Bonner Innenministerium lediglich feststellen können, daß die Protokolle über die abgehörten Gespräche beim Bundeskriminalamt (BKA) liegen und in Kopie an die Frankfurter Staatsanwaltschaft gegangen seien. Bisher sei unerklärlich, wie der hessische Innenminister in den Besitz der Unterlagen gelangen konnte.

150.000 Mark für den Bordellkönig?

Milde hatte in einer Aktuellen Stunde des Landtags gesagt, wer wisse von einem Gespräch zwischen einer ihm namentlich bekannten Person und einem "stern"-Journalisten, in dem von einer Summe von 150.000 Mark für ein "gehaltvolles Interview" mit Bordellbesitzer Beker die Rede gewesen sei. Noch weiter ging eine Presseerklärung aus Mildes Innenministerium, in der es hieß, der "stern"-Mann habe 150.000 Mark angeboten. Was mit solchen Behauptungen bezweckt werden sollte, ist klar: Alles, was über einen Millionen-Deal zwischen dem früheren Frankfurter Magistrat unter Wallmann und den Unterweltbossen Chaim und Hersch Beker in Umlauf ist, sollte als Produkt aus der Giftküche "gewisser Medien" erscheinen.

Milde wollte seinen Freund Wallmann heraushauen und geriet selbst in die Bredouille. Der Staatsanwalt begann zu ermitteln, der Datenschutzbeauftragte des Landes sollte das Verhalten des Ministers bewerten, Landtag und Öffentlichkeit bekamen einen Dauerbrenner. "Einmalig in der Parlamentsgeschichte" findet zum Beispiel der "Spiegel", daß der CDU-Politiker, oberster Verfassungsschützer in Hessen, im Plenum ein abgehörtes Gespräch wiedergibt, in dessen Besitz er zudem nicht einmal kommen durfte. Ein Minister, der das Recht bricht...

Und kennzeichnend für die Qualifikation des Wiesbadener Kabinetts: Milde zitierte auch noch falsch. Jedenfalls stellte der "stern" klar, daß nicht sein Redakteur die 150.000 Mark angeboten, sondern umgekehrt der Anwalt des Bordellkönigs das Geld verlangt und dafür Wallmann belästigende Äußerungen in Aussicht gestellt hatte.

Wallmanns Kanzleileiter: informiert

Damit noch immer nicht genug: Milde und der Leiter von Wallmanns Staatskanzlei, Staatssekretär Alexander Gauland, haben höchstwahrscheinlich vor dem Hauptausschuß des Landtags die Unwahrheit gesagt: Auf Fragen des SPD-Abgeordneten Karl Starzacher hatte Milde geantwortet, er habe den Vermerk über das abgehörte Telefongespräch "niemanden in der Staatskanzlei weitergegeben". Doch wenig später mußte die Sprecherin eben dieser Staatskanzlei einräumen, Milde habe Gauland telefonisch von dem Gespräch informiert.

"Hessen, ein Land, in dem die Bananen wachsen? Ein Land, in dem Minister und Staatssekretäre ungestraft mit Halb- und Unwahrheiten arbeiten dürfen, in dem aus geheimzuhaltenden Abhörprotokollen ungeniert zitiert werden darf? Das Land, in dem solche Protokolle von einem Schreibtisch zum anderen wandern, wenn es nur dem Wohle der Partei dient, der der Minister angehört?" Rhetorische Fragen des "Wiesbadener Kuriers", der heute in Hessen ein Chaos "mit schwärzlicher Färbung" konstatiert.

Die Hessen-SPD forderte die Entlassung Mildes. Dem Vertrauen in das rechtsstaatliche Handeln der Politik werde schwerer Schaden zugefügt, wenn Walter Wallmann keine personellen Konsequenzen ziehe, stellte der südhessische Bezirksvorstand fest. Auch die hessische FDP als Koalitionspartner der CDU müsse erklären, ob sie die rechtswidrigen Praktiken Mildes hinnehmen und damit mitverantwortlich werden wolle.

CDU und FDP versuchten zunächst einmal auf Zeit zu spielen. Präsidium und Landesvorstand sprachen dem Innenminister "volles Vertrauen" aus, Wallmann lehnte eine Entlassung ausdrücklich ab, und der Pressesprecher des Innenministeriums, der die Meldung zu den angeblich vom "stern" gebotenen 150.000 Mark auf seine Kappe nehmen mußte, bekam einen Maulkorb verpaßt. Der einzige Rückzieher, den Mildé fürs erste machte, bestand darin, daß er dem Verwaltungsgericht Wiesbaden eine Erklärung mit der Versicherung vorlegte, die "beanstandeten Äußerungen" zu unterlassen. Gemeint ist die Behauptung, der "stern" habe für 150.000 Mark Informationen kaufen wollen, die Wallmann in der Affäre um den Bordellbesitzer Beker belasten.

Wallmanns Pannenkabinett

In Sachen "Aussitzen" haben die hessischen Christdemokraten ein prominentes Vorbild wie auch eigene Erfahrungen. Sie spekulieren offenbar darauf, daß das Wahlvolk bereits so an Pannen und Affären gewöhnt ist, daß auch der vorläufige letzte Skandal aus dem Hause Wallmann niemanden mehr zu erschüttern vermag.

Es wäre ja ums Haar gelungen, die Fragen nach der Rolle Wallmanns im Beker-Skandal als das schmutzige Geschäft der stattdam bekannten Hamburger Journalie abzutun - wenn, ja wenn da nicht zuletzt noch dem Innenminister dieser haarsträubende Patzer unterlaufen wäre. Zur Erinnerung: Die Connections mit dem von Wallmann geführten Frankfurter Magistrat hatte sich für die Herrscher des Rotlicht-Milieus in Millionengewinnen durch Grundstücksgeschäfte und bedenkenlos genehmigte Spielkasinos ausgezahlt.

Oder: Jahrelang hatte Wallmann Privathaus und Garten im Frankfurter Nobelviertel Lerchenberg auf Staatskosten pflegen und verschönern lassen. Nach massiver öffentlicher Kritik kriegte er gerade noch die Kurve, indem er sich bereit erklärte, die seit seinem Ausscheiden als OB der Main-Metropole vom Land geleisteten Zahlungen zurückzuerstatten: rund 25.000 Mark für die Gartenpflege, 30.000 Mark pro Jahr für eine Haushälterin.

Jetzt könnte sich rächen, daß die Hessen-CDU die Landtagswahl so früh wie möglich hinter sich bringen wollte. Der Wahlkampf für die Wahl am 20. Januar läuft bereits an - und Hauptthema ist der Wallmann-Regierung sträflich sorgloser Umgang mit Recht und Wahrheit.

(/7. November 1990/rs/fr)
